

UND AUSSERDEM

# Pfefferspray gegen verordnungsfreie Kultur

Von Timo Posselt

Eigentlich haben die Menschen auf dem Basler Wagenplatz genau das gemacht, was auch die Verwaltung im Sinn hatte: Sie brachten Leben auf die 12 500 Quadratmeter grosse Brache am Rheinhafen. Seit gut einem Jahr bewohnen und bespielen sie das ehemalige Migrol-Areal – in Freiwilligenarbeit und ohne Bewilligung. Die Behörden sprachen noch letzten Sommer eine Duldung bis 2019 auf einer Fläche von 6000 Quadratmetern aus. Im April erhielt der Verein Shift Mode den Zuschlag für die Zwischennutzung der restlichen Fläche, während sich der Wagenplatz auf 2500 Quadratmeter verkleinern sollte. Um die geplanten Zwischennutzungen zu finanzieren, vermietet Shift Mode die Fläche bis Ende Juli für 80 000 Franken an die Kunstmesse Scope. Damit die Scope auch achtzig Parkplätze bauen kann, verlangten die Behörden Ende Mai den Rückzug der Wagenplatz-AktivistInnen.

Die Wagenplatz-Leute hielten bis kurz vor Ablauf des Ultimatums an der belegten Fläche fest und setzten eine grosse Energie frei: SympathisantInnen übernachteten in Zelten, in wenigen Stunden mobilisierten sie mehrere Hundert Menschen zum Protestmarsch und sammelten in nur drei Tagen über 3000 Unterschriften.

Am Samstag haben sich die Wagenplatz-Leute dennoch auf die behördlich verordnete Fläche zurückgezogen. Geblieben sind ein Kinderspielplatz, eine Grillstelle fürs Quartier und die alternativen Kultur- und Barlokale Uferlos und Hafenscharte. Die VeranstalterInnen der Scope störten sich nicht an den verbliebenen Bauten und begannen am Montag mit dem Aufbau. Dennoch liess der Regierungsrat das Gelände am Dienstag von PolizistInnen räumen. 36 Personen wurden verhaftet, JournalistInnen des Geländes verwiesen und die öffentlichen Einrichtungen der Wagenplatz-Leute dem Erdboden gleichgemacht. Der rot-grüne Regierungsrat scheint nicht zu begreifen, dass seine viel gerühmte «Kulturstadt» auch nicht kommerzielle Freiräume braucht, auf denen sich ordnungsfreie Kultur entwickeln kann. Wie schon bei der Räumung der Villa Rosenau und des NT-Areals kennt der Regierungsrat auf die Forderung nach Freiraum nur eine Antwort: Polizei und Pfefferspray.